An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betr. Stimm- und Wahlbeteiligung junger Stimm- und Wahlberechtigter fördern, eingereicht von Gemeinderätin S. Näf (SP)

Am 27. Juni 2011 reichte Gemeinderätin Silvana Näf namens der SP-Fraktion mit 38 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

"Die Stimm- und Wahlbeteiligung junger Erwachsener fällt in der Schweiz erschreckend tief aus. In der Stadt Zürich beteiligten sich im Jahr 2010 beispielsweise nur 27.5% der durch Volljährigkeit erstmals wahlberechtigten Neuwähler und Neuwählerinnen an den Wahlen, während in Bezug auf die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung eine Wahlbeteiligung von rund 45% vorhanden war (<http://www.bfs.-admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/lexikon/lex/O> . Document.129575.pdf). Es ist zu befürchten, dass dies in Winterthur ähnlich aussieht. Für eine funktionierende Demokratie ist es aber wichtig, dass sich alle Bevölkerungsschichten in die Entscheidungsprozesse einbringen. Zudem besteht die Gefahr, dass Leute, welche in jungen Jahren nicht wählen und abstimmen gehen, dieses Verhalten auch später nicht ändern werden.

Damit die jungen Erwachsenen sich nach Erreichen ihres 18. Altersjahrs an den Wahlen und Abstimmungen beteiligen, ist es wichtig, ihnen die Politik bereits zuvor näher zubringen. Eine Möglichkeit dafür ist es zum Beispiel, junge Politiker und Politikerinnen in Schulklassen einzuladen. Die Erfahrungen von young-zh (www.young-zh.ch), dem Podienkomitee der Jungparteien im Kanton Zürich, zeigen, dass die Jugendlichen bei solchen Gelegenheiten sehr engagiert mitdiskutieren, Politik für sie so viel konkreter erfahrbar wird und ihnen aufgezeigt wird, dass Politik gerade auch junge Menschen betrifft und junge Menschen darin etwas bewegen können.

Weiter ist es so, dass die Abstimmungsinformationen des Bundes gerade jungen Erwachsenen sehr trocken aufgemacht sowie komplex beschrieben erscheinen. Aus diesem Grund verschicken einige Gemeinden in der Schweiz jungen Abstimmungsberechtigten zwischen 18 und 25 Jahren ein sogenanntes Easy-Abstimmungsbüchlein mit welchem kurz, jugendgerecht und politisch neutral über die anstehenden Vorlagen informiert wird (<http://www.easyabstimmigsbuechli.ch>).

Auch mit Mitbestimmungsrechten für Schülerinnen und Schüler in den Schulen, bei welchen sich diese über bestimmte Themen, die sie konkret betreffen, eine Meinung bilden und diese zum Ausdruck bringen können, besteht die Möglichkeit demokratische Prozesse bereits früh einzuüben.

Es stellen sich somit folgende Fragen:

- 1. Bestehen Zahlen für die Stimm- und Wahlbeteiligung von jungen Menschen in Winterthur?*
- 2. Kann sich der Stadtrat vorstellen, die Lehrpersonen der Oberstufenschulhäuser auf das Projekt young-zh hinzuweisen und sie zu ermutigen dieses im Rahmen des Staatskundeunterrichts zu nutzen? Bestehen in Winterthur bereits jetzt Projekte, um den Staatskundeunterricht möglichst spannend und nicht rein theoretisch zu gestalten?*
- 3. Prüft der Stadtrat sich am Projekt Easy Abstimmungsbüchlein zu beteiligen oder werden andere Möglichkeiten geprüft, um spezifisch junge Erwachsene über anstehende Wahlen und Abstimmungen zu informieren?*
- 4. Wie sieht es betreffend Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern an Winterthurer Schulen aus?"*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Zu kommunalen Urnengängen in der Stadt Winterthur liegen statistische Auswertungen zu den Gemeinderatswahlen in den Jahren 2002, 2006 und 2010 vor. Sie zeigen, dass sich die jungen Wahlberechtigten unterdurchschnittlich beteiligt haben.

Die Bevölkerungsbefragung 2011 kommt zum Schluss, dass sich jüngere Generationen weniger für Politik interessieren als ältere. Von den 16- bis 34-Jährigen gaben 20 Prozent an, sich stark für die Politik in der Stadt Winterthur zu interessieren. Das sind 8 Prozentpunkte weniger als im Total der Antworten. Das tiefere Interesse der jüngeren Generation kam auch bei den Befragungen 2007 und 2009 zum Ausdruck.

Die Gründe für dieses Phänomen sind schwer zu erfassen. Verschiedene Versuche, die Politik attraktiver zu gestalten, haben die gewünschte Wirkung nicht erzielt. So wurden beispielsweise viele bestehende Jugendparlamente – auch in Winterthur – wieder aufgehoben. Patentrezepte, wie die Partizipation der jungen Menschen vergrössert werden könnte, gibt es nicht. Der staatsbürgerliche Unterricht in den Schulen (politische Bildung) findet intensiv und in hoher Qualität statt, aber zwischen dem Schulaustritt und der Stimm- und Wahlberechtigung vergehen rund drei Jahre. Deshalb ist es wichtig, dass der politische Unterricht in den Kantons- und Berufsschulen attraktiv gestaltet ist.

Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, dass die Bevölkerung die demokratischen Rechte und ihre Mitverantwortung für die Entwicklung der Stadt wahrnimmt. Die unterdurchschnittliche Beteiligung der jungen Generation ist auch in den Augen des Stadtrates bedauerlich. Er bemüht sich mit unterschiedlichen Massnahmen, die junge Generation zur Mitgestaltung zu animieren. Der Einfluss der öffentlichen Hand auf das Abstimmungs- und Wahlverhalten der Jungen dürfte allerdings beschränkt sein.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

„Bestehen Zahlen für die Stimm- und Wahlbeteiligung von jungen Menschen in Winterthur?“

Die Stadtkanzlei führt bei kommunalen Erneuerungswahlen (GGR) aufgrund der eingegangenen Stimmrechtsausweise eine Erhebung u. a. über die Wahlbeteiligung der verschiedenen Altersgruppen durch. Für die Jahre 2002, 2006 und 2010 liegen Zahlen vor:

Jahr	Beteiligung total in %	18/19-Jährige	20- bis 24-Jährige
2002 ¹⁾	62,89	52,93	42,99
2006	40,42	25,92	20,93
2010	52,04	38,44	32,89

¹⁾ a.o. hohe Stimmbeteiligung aufgrund der gleichzeitig stattfindenden eidg. Abstimmung über den UNO-Beitritt

Die jungen Generationen haben sich unterdurchschnittlich an den Wahlen beteiligt. Es fällt auf, dass in allen drei Jahren nicht die 18- und 19-Jährigen, sondern die 20- bis 24-Jährigen die tiefste Beteiligung aller Alterskategorien aufweisen.

Zur Frage 2:

„Kann sich der Stadtrat vorstellen, die Lehrpersonen der Oberstufenschulhäuser auf das Projekt young-zh hinzuweisen und sie zu ermutigen dieses im Rahmen des Staatskundeunterrichts zu nutzen? Bestehen in Winterthur bereits jetzt Projekte, um den Staatskundeunterricht möglichst spannend und nicht rein theoretisch zu gestalten?“

In der aktuellen Version des Lehrplans für die Volksschule des Kantons Zürich nimmt die politische Bildung einen sehr grossen Stellenwert ein. Sie wird ab der Mittelstufe der Primarschule als fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand verstanden und ist deshalb als eigene Broschüre «Politische Bildung» eingefügt. Die Lehrpersonen haben Raum für Schwerpunktsetzungen. Der Stadtrat beurteilt den Inhalt dieser Broschüre als sehr umfassend und ist überzeugt, dass der Unterricht im Rahmen der politischen Bildung spannend durchgeführt wird. Die Broschüre ist auf dem Netz wie folgt zu finden:

http://www.vsa.zh.ch/internet/bildungsdirektion/vsa/de/schulbetrieb_und_unterricht/faecher_lehrplaene_lehrmittel0.html

Sinn und Nachhaltigkeit des Projekts «young-zh» in der Volksschule sind in Frage zu stellen. Es ist eines unter zahlreichen weiteren Projekten mit erzieherisch-pädagogischem Charakter (Gewaltprävention, Schuldenprävention, Umgang mit Medien, Umweltprojekte etc.). Mit jedem zusätzlichen Projekt nehmen die Wirkung der einzelnen Projekte und deren Akzeptanz ab. Weiter ist zu beachten, dass zwischen dem Volksschulabschluss und der Stimm- und Wahlberechtigung rund drei Jahre vergehen. In dieser entwicklungsmässig wichtigen Zeit wäre eine Sensibilisierung für das politische Geschehen wirkungsvoller. Wie ein Blick auf die Homepage von young-zh zeigt, wird das Angebot denn auch vor allem von Berufs- und Mittelschulen genutzt.

Zur Frage 3:

„Prüft der Stadtrat sich am Projekt Easy Abstimmungsbüchlein zu beteiligen oder werden andere Möglichkeiten geprüft, um spezifisch junge Erwachsene über anstehende Wahlen und Abstimmungen zu informieren?“

Die Stadtkanzlei wurde im August 2010 mittels eines allgemeinen Rundschreibens an Gemeinden über das Angebot «Easy-Abstimmungsbüchli» informiert. Sie hat das Angebot geprüft und entschieden, dem Stadtrat vorderhand keine Teilnahme zu beantragen. Die Herausgeberschaft hatte angekündigt, 2012/2013 erneut auf die Stadt Winterthur zuzukommen.

Der Stadtrat ist bemüht, die Abstimmungszeitung der Stadt Winterthur möglichst lesefreundlich zu verfassen und zu gestalten. Er gibt zu bedenken, dass es aus rechtlichen Gründen lediglich eine einzige offizielle Vorlage zu einer Abstimmung geben kann. Es kann nicht sein, dass von der Stadt aus mehrere Fassungen für die verschiedensten Zielgruppen verbreitet werden.

Einer privaten Trägerschaft steht es selbstverständlich frei, in eigener Verantwortung ein zusätzliches Informationsangebot zu Abstimmungen und Wahlen zu realisieren und zu verbreiten. Unter dieser Prämisse kann der Stadtrat dem «Easy-Abstimmungsbüchli» durchaus Positives abgewinnen. Er wäre auch bereit, die private Trägerschaft grundsätzlich in ihrem Vorhaben zu unterstützen, etwa indem zu kommunalen Vorlagen dem Redaktionsteam Informationen zur Verfügung gestellt werden oder das «Büchli» auf der städtischen Website aufgeschaltet wird. Eine Verbreitung des «Easy-Abstimmungsbüchlis» zusammen mit der offiziellen Abstimmungsinformation der Stadt lehnt der Stadtrat hingegen aus Gründen der Verlässlichkeit und Rechtsgleichheit ebenso ab wie eine substanzielle Mitfinanzierung.

Der Stadtrat hat Kenntnis davon, dass von der «Jugendinformation Winterthur» (ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft für Jugendprojekte) das Easy Abstimmungsbüchli in beschränkter Anzahl bestellt wurde. Es ist nun jeweils auf den Flyerständen der Jugendinformation aufgelegt, die in allen Jugendtreffs und Schulen stehen. Jugendarbeiterinnen und -arbeiter und Lehrerinnen und Lehrer können Abstimmungsvorlagen und Wahlen mit Hilfe des Heftes besser erklären und die Diskussion zu politischen Themen fördern. Dies ist auch deshalb eine gute Lösung, weil die offene Jugendarbeit Jugendliche und junge Erwachsene aller Altersstufen erreicht und somit die Informationslücke zwischen Schulaustritt und Volljährigkeit teilweise überbrücken kann. Ausserdem wird auch im Internet auf der Plattform der "Jugendinformation Winterthur" auf Möglichkeiten der Mitsprache und verschiedene Wahl- und Abstimmungshilfen, darunter auch das "Easy-Abstimmungsbüchli" verwiesen.

Die Stadt bemüht sich auf verschiedene Weise, die junge Generation für die politischen Rechte zu sensibilisieren und auf konkrete Abstimmungsvorlagen aufmerksam zu machen. So wurden 2011 die Abstimmungshinweise in den Bussen verbessert und ausgedehnt. Ab 2012 ist geplant, in der Altstadt vor Abstimmungsterminen Werbebanden zu platzieren. Zur allgemeinen Sensibilisierung genutzt wird zudem jedes Jahr der offizielle Teil der Jungbürger/innenfeier. Für weitere Massnahmen hat der Stadtrat ein offenes Ohr.

Zur Frage 4:

"Wie sieht es betreffend Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern an Winterthurer Schulen aus?"

Das Volksschulgesetz sagt im § 50, Abs. 3: *«Die Schülerinnen und Schüler werden an den sie betreffenden Entscheiden beteiligt, soweit nicht ihr Alter oder andere wichtige Gründe dagegen sprechen. Das Organisationsstatut und das Schulprogramm sehen eine dem Alter und dem Entwicklungsstand entsprechende Mitverantwortung und Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler vor.»* Im Rahmen der Umsetzung des Volksschulgesetzes hat das Volksschulamt bereits 2006 die Broschüre «Handreichung Zusammenarbeit, Mitwirkung und Partizipation in der Schule» und im Verlauf der letzten Jahre weitere Materialien herausgegeben¹. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler sind demzufolge im Kanton Zürich eingeführt. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Lehrpersonen in Winterthur die Partizipation ihrer Lernenden ernst nehmen und ihren Unterricht entsprechend entwickelt haben.

Die Bemühungen der Schulen werden zudem unterstützt durch die Arbeit der offenen Jugendarbeit Winterthur, die Mitsprache und Mitwirkung als Grundprinzipien im Leitbild verankert hat. Zudem legen die offene und mobile Jugendarbeit, die Quartierarbeit und die Kinder- und Jugendbeauftragte Wert darauf, immer wieder Jugendliche und Junge Erwachsene aufzufordern, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. In Quartierentwicklungsprojekten wie in Töss oder Wülflingen wurden und werden Jugendliche in Workshops und Jugendforen einbezogen, um in direktem Kontakt mit Politikerinnen und Politikern ihre Bedürfnisse zu formulieren und ihr Quartier aktiv mitzugestalten.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Schule und Sport übertragen.

1

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder